

Die Rückreise nach Hamburg dauerte vier Tage. Es waren Stunden, in denen, wie Wilhelm Florin berichtete,<sup>160</sup> sie an Deck sitzend entspannt über die Eindrücke vom Weltforum der Kommunisten nachdachten und über die neuen Aufgaben sprachen, die sich für die KPD aus den Komintern-Beschlüssen für den täglichen Klassenkampf in Deutschland ergaben und wie sie realisiert werden könnten. Bei den Überlegungen, wie dazu die Parteikader befähigt werden müssten, kam Ernst Thälmann auf den politischen Sekretär des Bezirks Wasserkante John Wittorf zu sprechen, den er sehr schätzte. Dieser hatte Parteigelder veruntreut, wie Thälmann Wilhelm Florin mitteilte, und er fügte nachdenklich hinzu, »... wir werden uns von ihm trennen«. Der Schritt war für die Partei umso unangenehmer, als Wittorf nicht nur seit 1927 Politischer Sekretär des Bezirks sondern auch seit dem 11. Parteitag Mitglied des ZK sowie seit Mai 1928 neu gewählter Reichstagsabgeordneter war. Thälmann wusste bereits seit Mai von der Unterschlagung Wittorfs, hatte ihn auch verpflichtet die unterschlagenen Gelder zurückzuzahlen, jedoch bisher gezögert, darüber die Parteiführung zu informieren.

»Die Beschlüsse des 6. Weltkongresses stoßen auf den stärksten Widerstand einer kleinen liquidatorischen Gruppe unter Führung von Brandler und Thalheimer...«

#### ■ DIE BRANDLER-FRAKTION UND DER »WITTORF-KONFLIKT«

Am 17. September kam Ernst Thälmann in Hamburg an. Er begleitete Wilhelm Florin noch zum Bahnhof, um nach sechs Wochen wieder einige Tage zuhause zu sein und sich in Ruhe mit der Auswertung der Kongress-Materialien zu beschäftigen. Am Tag nach seiner Rückkehr wird ihm ein Schreiben des Sekretariats des ZK nach Hamburg übermittelt. Darin wurde er darüber informiert, dass im Sekretariat des ZK über John Wittorf und seine Unterschlagung diskutiert worden sei.<sup>161</sup> Die Schwere des Falles, so wird geschrieben, erfordert die schärfsten Maßnahmen. Das Sekretariat qualifizierte Wittorfs Unterschlagung als »Verbrechen« und bezichtigte die Genossen, die seine Unterschlagung bisher gedeckt hätten (Namen werden noch nicht genannt), der »Korruption«. Alle sollten aus der KPD ausgeschlossen werden, um das Vertrauen der Arbeiterschaft in die Partei nicht zu erschüttern. Das Sekretariat bat Thälmann, diesen »... Vorschlag der Bezirksleitung zur Kenntnis zu bringen.«<sup>162</sup>

Am nächsten Tag fand eine Sitzung der Engeren Bezirksleitung Wasserkante statt. Sie beschloss nach einem Bericht von Hugo Eberlein als Mitglied der Finanz-Kommission des ZK den Ausschluss Wittorfs, jedoch nicht der anderen Parteimitglieder, die beschuldigt wurden, seine Unterschlagung gedeckt zu haben also Ries, Presche und Schehr. Am Wochenende tagte die gesamte Bezirksleitung. Eberlein berichtete ausführlich über die von ihm seit dem 17. September geführten Untersuchungen zum »Fall Wittorf«. Als Ergebnis stand fest, dass Spenden an die Partei nicht verbucht worden waren, von denen nachweislich Wittorf

1500 Mark unterschlagen habe. Die Mitglieder der Hamburger Bezirksleitung John Schehr, Ludwig Ries und Willy Presche hätten seit Mai 1928 davon gewusst und ihn am Abend des 20. Mai veranlasst, über diese Summe Schuldscheine zu unterschreiben. Soweit Eberleins Bericht.<sup>163</sup> In der erregten Diskussion über diese Unterschlagung und anderer Ungereimtheiten der Kassenführung wurde die Frage aufgeworfen: Hat Teddy (Thälmann) davon gewusst? Eberlein wich einer Antwort aus. Er erklärte, er habe Thälmann abgeraten, an der Bezirksleitungssitzung teilzunehmen, meinte aber, aufgrund von Gerüchten »... halte er jedoch die Ausdehnung der Untersuchung auf Teddy für geboten.«<sup>164</sup>

Hugo Eberlein war auf dem 6. Weltkongress der Komintern in die Internationale Kontrollkommission gewählt worden und besaß eine große Autorität in der KPD und im EKKI.<sup>165</sup> Nach den vorliegenden Materialien wusste Eberlein zu dieser Zeit bereits, dass Thälmann seit Mai über die Affäre informiert war. Das sagte er aber erst am 25. September vor dem Politbüro, das mit dem einzigen Tagesordnungspunkt zusammentrat, um zu dem »Hamburger Vorfall« Stellung zu beziehen. Nach der Anwesenheitsliste waren von den gewählten 12 Politbüro-Mitgliedern lediglich sieben anwesend, weiter nahmen an der Sitzung die Mitglieder des am 23. Juni gebildeten zeitweiligen »Berliner Politischen Büros« und des Sekretariats teil, von denen Leo Flieg fehlte, sowie die Mitglieder der Finanzkommission.<sup>166</sup> Die Sitzung wurde dann am 26. September vormittags noch vor der Eröffnung einer eilig einberufenen ZK-Tagung fortgesetzt.<sup>167</sup>

Nochmals gab Eberlein seinen Bericht, diesmal vollständig und mit der Mitteilung, dass ihm Thälmann mitgeteilt habe, er sei über die Affäre seit Mai informiert gewesen. Eberlein argumentierte, er habe dies in der Sitzung der Bezirksleitung nicht sagen wollen, weil er darüber so »erschüttert« war, dass er doch zuerst das Politbüro darüber informieren wollte.<sup>168</sup> Hermann Weber schreibt, Eberlein sei der Hauptinitiator gewesen, der Thälmanns Absetzung verfolgt

hätte. Dazu gibt es keine Unterlagen.<sup>169</sup> Fest steht aber, dass Eberleins taktisches Vorgehen zweifellos die Gegner Thälmanns in der Partei begünstigte.

Obgleich Artur Golke und Ernst Schneller die Affäre im Politbüro begrenzen wollten und nachwiesen, dass weder Willy Presche noch Ludwig Ries, John Schehr oder Ernst Thälmann an der Unterschlagung beteiligt waren,<sup>170</sup> griff nun Ewert die moralische »Erschütterung« Eberleins auf und vertiefte sie. Er zelebrierte ausführlich seine »ernstesten Besorgnisse«, dass Thälmann ein »kriminelles Verbrechen« decke, »... wie wir es in der Partei noch nicht gehabt haben«, und – noch schlimmer – die anderen »drei in den Sumpf hineinzog«, und machte dann betont deutlich, dass es ihm darum ging, Thälmann aus der Parteiführung zu verdrängen.<sup>171</sup> Was ihm mit seinem Brief an Bucharin und mit seinem Auftreten auf dem 6. Weltkongress nicht gelungen war, Thälmann in Misskredit zu bringen, – hier sah er offenbar dazu eine neue Chance. Ewert spielte mit den Sachverhalten politisch Schach, sprach empört von innerparteilichen »Zersetzungserscheinungen«, einer »Fäulnis, die ausgerottet werden muss«, und meinte dann, Thälmann habe die Partei Erpressern ausgeliefert.<sup>172</sup> Schließlich forderte er eine Ausdehnung der Untersuchung auf Heinz Neumann, dem er unterstellte, der Organisator der Vertuschung gewesen zu sein.<sup>173</sup> Seine Diktion wurde unsachlich. Er sprach von einer »Clique« und der »Solidarität einer Kamarilla«<sup>174</sup> und argumentierte, dass der »Vorgang um Thälmann« auch den um Artur Koenig und Ruth Fischer<sup>175</sup> übersteige. Schließlich schlug er vor, das Verhalten Thälmanns vom EKKI beurteilen zu lassen.<sup>176</sup> Ihm schloss sich Wilhelm Pieck, weit sachlicher zwar, doch mit der Forderung an, dass Thälmann bis zur Entscheidung des EKKI seine Parteifunktionen ruhen lassen solle.<sup>177</sup> Eberlein setzte nach einer Pause unvermittelt nach und warf in die angespannte Situation die völlig unbegründete und diskriminierende Verdächtigung ein: »Ich bin überzeugt, dass die Genossen in irgendeiner Form an den Unterschlagungen beteiligt sind.«<sup>178</sup> Als Joseph Winternitz sich

über diese unbewiesene und ungeheuerliche Verdächtigung wunderte, wurde ihm kurzerhand das Wort entzogen.<sup>179</sup> Von Gerhart Eisler initiiert, diskutierten anschließend die Anwesenden nur noch darüber, wie und in welcher Form die Parteimitglieder informiert werden sollten.

Thälmann war in der ganzen Debatte der erweiterten Politbüro-Sitzung nicht zu Wort gekommen. Wie seine Notizen belegen, die er zu der Affäre machte,<sup>180</sup> war er betroffen, wie die Mehrheit der Parteiführung seinen Fehler beurteilte, das Politbüro nicht gleich Anfang Juni über Wittorfs Unterschlagung informiert zu haben und auch darüber, dass ihn niemand nach seinen Motiven fragte.

Am folgenden Vormittag, bevor das ZK zu diesem Vorfall zusammentrat, wollte das Politbüro in Fortsetzung der Sitzung vom Vorabend die im ZK zu stellenden Anträge erörtern. Schneller, der die Sitzung leitete, erteilte nunmehr doch Thälmann das Wort. Thälmann beantragte in einer sehr knappen Erklärung von sich aus eine Untersuchung des EKKI und erklärte, dass er bis dahin seine Funktion ruhen lasse.<sup>181</sup> Schneller beantragte dann, dass Thälmann an der ZK-Sitzung teilnehmen und dort seine Entscheidung begründen sollte. Dem wurde nicht widersprochen. Aber noch immer gab es keine Sachaussage von Thälmann. In der folgenden Debatte, die darum ging, was man beschließen solle und wie darüber die Parteiöffentlichkeit zu informieren sei, forderte Wilhelm Koenen, zunächst das gesamte Material, entsprechend dem Statut der KI, dem Präsidium des EKKI zu übergeben und vor weiteren Beschlüssen auf dessen Entscheidung zu warten.<sup>182</sup> Joseph Winternitz, Kandidat des ZK und Redakteur der »Internationale«, unterstützte ihn und sprach von einer »vergifteten Diskussion« mit der nur das Ziel verfolgt werde, die Affäre auszunutzen, um den Kurs der Partei zu ändern und damit einen Versuch zuende zu bringen, der seit Monaten verfolgt wurde.<sup>183</sup> Franz Dahlem widersprach Eberleins Behauptung, dass Schehr, Ries, Presche oder Thälmann dem Wittorf »materiell verpflichtet« waren und warf Eberlein vor,

dass »... er sich in manchen seiner Darlegungen beeinflussen lassen konnte von seiner innerparteilichen Einstellung«. <sup>184</sup> Doch Gerhart Eisler entgegnete Dahlem und meinte naiv, es gehe nicht gegen die Politik der Parteiführung, sondern lediglich um die Bekämpfung der Korruption in der Partei. In dieser Beziehung habe Thälmann versagt. Nach seiner Ansicht solle man nicht auf die Entscheidung des EKKI warten, sondern »einen harten Beschluss« gegen Thälmann fassen. <sup>185</sup> Dem entgegnete Süßkind, Chefredakteur der »Roten Fahne«, dass er Thälmann zwar ebenfalls der Begünstigung von Korruption schwer belastet wähne, meinte aber, dass eine Entscheidung des EKKI unumgänglich sei, da Thälmann diesem angehöre. <sup>186</sup> Paul Merker plädierte dafür, zumindest erst einmal klarzustellen, von welchen Motiven die Beteiligten ausgegangen seien, die Wittorf die Schuldscheine abverlangt haben, und forderte, den ganzen Fall sachlich zu klären. <sup>187</sup> Dieser Forderung schloss sich Ottomar Geschke als Vorsitzender der Finanzkommission an, der auch darauf verwies, dass die gesamten Zusammenhänge in der Kassenführung der Hamburger Bezirksleitung ohnehin bisher zu wenig aufgeklärt seien. <sup>188</sup> Philipp Dengel unterstützt ihn. Er gab zu bedenken, dass auch die Umstände zu berücksichtigen seien, weshalb sich die Aufklärung der Wittorf-Unterschlagung so lange hingezogen habe. Außerdem machte er auf den Widerspruch in der Diskussion aufmerksam, einerseits weitere Untersuchungen zu fordern, jedoch vor deren Abschluss bereits disziplinarische Strafen zu beschließen. <sup>189</sup> Nunmehr griff Ewert noch einmal in die Debatte ein, »... weil sie sich verschiebe«, wie er sagte. Er versuchte, Thälmann mit neuen Argumenten zu belasten und teilte mit, dass Thälmann in der Nacht zum 20. September in Berlin angerufen habe, um den Sekretariatsbeschluss zu erfahren. Er hielt das für einen »unmöglichen Zustand«, der geeignet sei, »... solche Methoden auf politisches Gebiet zu übertragen«. Er wies die Einwände von Dahlem und Dengel brüsk zurück und schloss ebenfalls mit der Forderung nach »einem harten Beschluss«, um »eine neue (politische) Plattform« zu gewinnen. <sup>190</sup> Wilhelm Pieck meldete

sich daraufhin nochmals zu Wort. Jetzt warnte er davor, die ganze Angelegenheit für neue Gruppenkämpfe auszunutzen. Ihm persönlich ginge es vor allem darum, dass es innerhalb der Partei keine Gruppendisziplin geben könne. Nur in dieser Beziehung lag für ihn eine schwere Verfehlung Thälmanns vor. Er riet aber vor verfrühten Parteiausschlüssen ab, ohne dass die geforderten weiteren Untersuchungen abgeschlossen seien, zumal mancher ausgesprochene Verdacht nicht bewiesen werden konnte.<sup>191</sup> Dennoch wurde vom Politbüro beschlossen, dem ZK vorzuschlagen, Wittorf aus der Partei auszuschließen sowie Schehr, Presche und Ries mit einem Funktionsentzug für ein Jahr zu belegen. Thälmanns Verhalten wurde als »schwerer politische Fehler« missbilligt und – seinem eigenen Antrag folgend – der ganze Vorgang zur Klärung an das EKKI verwiesen. Festgelegt wurde, dass bis dahin seine Funktionen ruhen sollten. Das Politbüro verurteilte schließlich »aufs schärfste« jeden Versuch, die Affäre zu »innerparteilichen Zwecken« auszunutzen.<sup>192</sup>

Dass wir diese und die folgende Diskussion im ZK so ausführlich dokumentieren können, ist deshalb möglich, weil die Stenogramme der Sitzungen erhalten geblieben sind. Wir sind der Meinung, dass es aus historischer Sicht betrachtet notwendig ist, über diese Affäre ausführlich zu informieren, weil die gesamten Vorgänge in der Literatur zunehmend verzerrt und von Hermann Weber und Bernhard H. Bayerlein zum Kernstück antikommunistischer Legendenbildung stilisiert und sorgsam gepflegt werden.<sup>193</sup>

Als das Zentralkomitee nach der Politbüro-Sitzung am Nachmittag des 26. September 1928 zusammentrat, fehlten sieben Mitglieder und vier Kandidaten.<sup>194</sup> Ernst Schneller leitete die Tagung. Zuerst verlas Hugo Eberlein nochmals sein Referat,<sup>195</sup> danach informierte Schneller über die Beschlüsse des Politbüros und über die Erklärung Thälmanns. Nach ihm sprach Thälmann erstmals zur Sachlage.<sup>196</sup> Er legte nüchtern die Entwicklung der Untersuchung zur

Aufdeckung von Fehlbeträgen in der Bezirkskasse durch Ries, Schehr und Presche dar, berichtete, wie sie ihn über den Verdacht gegen Wittorf informiert und ihn im Mai gebeten hatten, an einem Gespräch mit Wittorf teilzunehmen. Immerhin trug Wittorf als Politischer Sekretär der Bezirksleitung und Vorsitzender der KPD-Fraktion der Hamburger Bürgerschaft sowie als ZK- und Reichstagsmitglied eine große politische Verantwortung. Alle vier trafen am Abend nach der Reichstagswahl mit Wittorf zusammen, der bis zu diesem Zeitpunkt jede Unterschlagung entschieden abgestritten hatte, und seinerseits den Kassierer der Hamburger Bezirksleitung Dehmel der Unterschlagung beschuldigte. Erst in dem Gespräch mit Thälmann gestand Wittorf seine Unterschlagung ein. Er wurde daraufhin veranlasst, Schuldscheine auszustellen, um das Geld der Partei wieder zurückzugeben. Weder Schehr noch Ries oder Presche waren an der Unterschlagung beteiligt, im Gegenteil diese wurde durch ihre hartnäckige Arbeit erst aufgedeckt. Thälmann berichtete weiter von seiner Überlegung, dass es notwendig sein würde, Wittorf aus der Partei auszuschließen, ohne eine allzu große Öffentlichkeit auf diesen Vorgang zu lenken. Der politische Fehler, den er in diesem Zusammenhang begangen habe, räumte Thälmann ein, bestand darin, dass er nicht das Politbüro und später das ZK informiert habe. Er begründet seine Motive dazu mit der aktuellen politischen Situation dieser Wochen nach der Reichstagswahl und der weiteren Belastung durch die Vorbereitung des 6. Weltkongresses. Er erwähnte auch den Umstand, dass das Geld »von einer besonderen Stelle gegeben war«, deren Offenlegung von der Hamburger SPD politisch ausgenutzt worden wäre. Die Spende war von den deutschen Angestellten der sowjetischen Handelsvertretung in Hamburg gesammelt worden.<sup>197</sup> Thälmann legte überzeugend dar, dass niemand eine Korruption decken wollte, musste aber zugeben, dass die von ihm eingeschlagene Methode, die unliebsame Affäre auf »kaltem Weg« zu bereinigen, als eine Duldung von Korruption ausgelegt werden könnte. Er argumentierte weiter, sein Verhalten könne unterschiedlich beurteilt werden und er habe



deshalb dem Politbüro vorgeschlagen, dass die Exekutive seine Handlung und den zugrunde liegenden Sachverhalt prüfen sollte.

Eigentlich war damit die Affäre geklärt. Das ZK hätte, wie es zur Norm der Zusammenarbeit zwischen dem ZK der KPD und dem EKKI gehörte, dessen Entscheidung abwarten und sich seiner eigentlichen politischen Aufgabe zuwenden können: einmal den 6. Weltkongress auszuwerten, vor allem aber, Maßnahmen zum beschlossenen Volksentscheid gegen den Panzerkreuzer A zu mobilisieren. Doch so leicht wollten sich jene ZK-Mitglieder, die seit Mitte 1927 eine Opposition gegen Thälmann aufgebaut hatten, diese für sie günstige Situation nicht entgehen lassen. Anders kann der weitere Verlauf der ZK-Sitzung sachlich kaum bewertet werden.

Nach der Erklärung Thälmanns meldete sich der Politische Sekretär von Schlesien, Erich Hausen, Kandidat des ZK, zu Wort. Er stellte den Antrag, Thälmann zusammen mit Wittorf, Schehr, Presche und Ries aus der Partei auszuschließen, einen außerordentlichen Parteitag einzuberufen und ein neues Zentralkomitee zu wählen, sowie Brandler und Thalheimer wieder in die Parteiarbeit einzubeziehen und »die Hetze« gegen die »Rechten« in der Partei sofort einzustellen. »Das ist das Mindestmaß dessen, was zu geschehen hat«, betonte er abschließend.<sup>198</sup> Ihm folgte Albert Bassümer (Bezirk Halle-Merseburg), der sich seinem Antrag anschloss.<sup>199</sup> Das war deutlich. Hier ging es also nicht mehr um die Unterschlagung von 1500 Mark, hier wurde versucht, die Beschlüsse des Essener Parteitages zu revidieren, und es ging um viel mehr. Gerhart Eisler bestätigte dies auch in seinem Diskussionsbeitrag, als er sagte: »Wir sind uns darüber klar, ... dass der heutige Beschluss, den wir über 97 (Thälmann) fällen, den Beschluss des 6. Weltkongresses liquidiert.«<sup>200</sup>

Mit diesen Anträgen wurde eigentlich erkennbar, dass die Wittorf-Affäre zu einem Parteiputsch missbraucht werden sollte. Es ist erstaunlich, dass dieser Versuch nicht sofort und entschieden zurückgewiesen wurde. Zwar sprach Adolf Betz (Pfalz) von

Seeräuberei, die Hausen betreibe,<sup>201</sup> und andere Redner betonten, dass über Thälmann nur das EKKI entscheiden könne, doch die Mehrheit verhielt sich unsicher und gab Thälmann die Schuld an der entstandenen politischen Situation. Bis zum späten Abend wurde über die Formulierung eines »Communiqués« gestritten, bis Kurt Süßkind den ultimativen Antrag stellte, das Communiqué innerhalb zehn Minuten zu beschließen, damit es noch in die Ausgabe der »Roten Fahne« am 27. September aufgenommen werden könne. Daraufhin protestierte Helene Overlach zwar gegen diese Methode die ZK-Mitglieder unter Zeitdruck zu setzen<sup>202</sup>, stimmte aber dem vorliegenden Text zu, wie alle ZK-Mitglieder, bis auf Jean Winterich. Auch die vom Politbüro vorgelegten Beschlüsse werden mehrheitlich bestätigt. Nur Hausen und Bassümer stimmen gegen sie.<sup>203</sup> Ihnen gingen diese Beschlüsse nicht weit genug.

Am nächsten Morgen, es war der 27. September, war in der »Roten Fahne« der am Vorabend beschlossene Text veröffentlicht worden.<sup>204</sup> Alexander Abusch berichtet, wie am Vorabend in der Druckerei der »Roten Fahne« erwogen worden war, entgegen der Parteidisziplin diesen Text nicht zu drucken. Doch man fügte sich dem ZK-Beschluss.<sup>205</sup> Einer der Redakteure wandte sich am Tag der Veröffentlichung der Meldung an das Politbüro mit einem Schreiben, in dem er der Parteiführung vorwarf, mit der Veröffentlichung der Partei einen erheblichen Schaden zugefügt zu haben.<sup>206</sup>

Um 10 Uhr wurde die ZK-Tagung fortgesetzt. Als erster Redner erklärte Franz Bellemann (aus der Bezirksleitung Württemberg), dass auch ihm die am Vorabend gefassten Beschlüsse nicht weit genug gingen.<sup>207</sup> Remmele erklärte daraufhin, dass diese ganze Beschlussfassung ein schwerer Fehler gewesen sei und die Veröffentlichung in der »Roten Fahne« der Partei Schaden zufüge. Heinz Neumann schloss sich seiner Erklärung an<sup>208</sup> und auch Wilhelm Florin wandte sich scharf gegen die Methode, wie es zur Abstimmung gekommen war.<sup>209</sup> Noch einmal entstand eine erregte Diskussion, in der Schneller, Eberlein, Dengel und Pieck die Beschlussfassung vom Vorabend gegen die heftige Kritik von Remmele,

Neumann, Florin und Winterich verteidigten. An diesem Vormittag fand nur noch eine kontroverse Debatte über die veröffentlichte Parteiinformation und über die Zusammensetzung der Delegation zum EKKI statt. Die ZK-Mitglieder konnten sich lediglich darauf verständigen, wer zum EKKI fährt: Dengel, Ewert, Remmele und Eberlein. Auf Zuruf wurde Thälmann in diese Gruppe aufgenommen.<sup>210</sup> Er wäre ohnehin als Mitglied des EKKI geladen worden.

In der Frage, wer die politische Leitung in Hamburg übernehmen sollte, wurde vom ZK entschieden, Wilhelm Koenen zu entsenden. Doch die Bezirksleitung Hamburg akzeptierte diese Entscheidung nicht und wählte Ernst Grube zum neuen Polit-Sekretär,<sup>211</sup> der auf der ZK-Tagung am 26. September gegen Hausen und Bassümer scharf polemisiert hatte.<sup>212</sup> Das ZK-Plenum stand noch vor dem Problem, über den Text in der »Roten Fahne« hinaus eine überzeugende Information an die Mitglieder zu beschließen.<sup>213</sup> Doch über einen Text konnten sich die ZK-Mitglieder nicht mehr einigen. Auch der Vorschlag, dazu eine ZK-Kommission zu bilden fand keine Mehrheit. Schließlich beschloss das ZK, diese Aufgabe an das Politbüro zu delegieren.<sup>214</sup>

Nach der ZK-Sitzung trat am Nachmittag das Politbüro zusammen, veränderte seine Zusammensetzung und beschloss die Ausarbeitung einer »Instruktion in der Hamburger Angelegenheit«, mit der Gerhart Eisler beauftragt wurde.<sup>215</sup> Er legte am 28. September dem Politbüro dazu einen Text vor, der jedoch nicht akzeptiert wurde. Der Auftrag ging nun an Ernst Schneller.<sup>216</sup> An diesem Tag protestiert Hermann Remmele in einem ausführlichen Brief an die Parteiführung gegen die ZK-Beschlüsse und gegen die Veröffentlichungen in der »Roten Fahne«.<sup>217</sup> Seinem Protest schlossen sich die ZK-Mitglieder Fritz Heckert, Walter Ulbricht und Joseph Schläffer an.<sup>218</sup>

Das EKKI in Moskau erfuhr über diese Vorgänge durch eine TASS-Meldung vom 27. September auf der Grundlage der Veröffentlichung in der »Roten Fahne«. Pjatnizki war im hohen Grade

empört darüber, dass es unterlassen worden war, das EKKI über die Vorwürfe gegen Thälmann und über die Einberufung der ZK-Tagung zu informieren, weil es eine statutenwidrige Vorgehensweise war. Er benachrichtigte umgehend die Präsidiumsmitglieder, darunter auch Bucharin, Molotow und Stalin<sup>219</sup> und führte am 30. September einen Präsidiumsbeschluss des EKKI herbei, der den Ausschluss Wittorfs bestätigte und dem ZK der KPD vorschlug, bis zur Prüfung der Vorgänge jede weitere Behandlung innerhalb der Partei einzustellen und sich auf die politischen Aufgaben zu konzentrieren.<sup>220</sup> Daraufhin schlug Ernst Schneller im Politbüro vor, seinen Text für die »Instruktion« der Hamburger Angelegenheit« nicht zu veröffentlichen.<sup>221</sup>

Die vom ZK gewählte Gruppe traf am 30. September in Moskau ein. Das Präsidium des EKKI beschloss am 1. Oktober in »fliegender« Abstimmung, eine Kommission »zur Prüfung der deutschen Frage« einzusetzen. Zu deren Vorsitz wurde Pjatnitski berufen. Ihr gehörten weiter an: Molotow (UdSSR), Kuusinen (Finnland), Heimo (Finnland), Barbé (Frankreich), Kolarov (Bulgarien), Kato (Japan) und Engdahl (USA). Außerdem wurde Pieck nach Moskau eingeladen. Von der KPD wurden Heckert, Remmele, Dengel, Ewert, Eberlein, Merker und Ulbricht in die Kommission berufen.<sup>222</sup> Die Kommission tagte in drei Sitzungen, am 2., 4. und 6. Oktober und übergab ihren Bericht dem Präsidium des EKKI am 6. Oktober, das noch am gleichen Tag zur Beratung und Beschlussfassung in dieser Angelegenheit zusammentrat.

In den ersten beiden Kommissionssitzungen gab es heftige Auseinandersetzungen zwischen Remmele, Dengel und Thälmann einerseits, unterstützt von Ulbricht, Heckert und Merker, sowie Ewert und Eberlein andererseits, denen Wilhelm Pieck teilweise beistand. In der Debatte brachten Barbé, Kolarov und Molotow sehr entschieden zum Ausdruck, dass Thälmann zwar einen Fehler begangen habe, als er das Politbüro nicht über die Unterschlagung Wittorfs informierte, dass dies aber kein Grund sei, ihn von der Parteiführung zu entfernen.<sup>223</sup> Stalin, der lediglich an der zweiten

Sitzung teilnahm, griff nicht in die Diskussion ein. Doch er dürfte mit der Meinung Molotows übereingestimmt haben.<sup>224</sup> Molotow hatte ihm bereits am 28. September seine Annahme mitgeteilt, dass es sich in der ganzen Angelegenheit vornehmlich um eine »fraktionelle Niedertracht« von Ewert und seinen Freunden handle.<sup>225</sup> Diese Einschätzung Molotows wurde in diesen Tagen auch in der KPD von einer ganzen Reihe von Funktionären geteilt. Die »politischen Ambitionen« Ewerts und Eberleins kritisierten sowohl die Bezirksleitungen Niederrhein und Hamburg sowie die Bundesführung des RFB.<sup>226</sup> Auch die Gauführung Berlin verurteilte am 3. Oktober. »... das Vorgehen des ZK gegen Thälmann.«<sup>227</sup> Aus Württemberg war am gleichen Tag berichtet worden, dass die Bezirksfunktionäre der Meinung waren, »... dass durch die Ausnützung von Gruppeninteressen innerhalb der Partei« die Vorgänge »... zu einem Kesseltreiben gegen Th(älmann) aufgebauscht worden« seien.<sup>228</sup> Ähnlich klang der Bericht der Bezirksleitung der Pfalz vom 4. Oktober.<sup>229</sup>

In dem Resolutionsentwurf der Deutschen Kommission des EKKI vom 5. Oktober wurden der Ausschluss Wittorfs bestätigt und Thälmann für den Fehler kritisiert, die Information des Politbüros unterlassen zu haben. Es wird jedoch akzeptiert, dass Thälmann Wittorf nicht schützen, sondern aus politischen Gründen den günstigsten Zeitpunkt wählen wollte, um die Affäre mit dem möglichst geringen Schaden für die Partei zu bereinigen. Gleichzeitig wird die voreilige Veröffentlichung über die Hamburger Affäre innerhalb einer laufenden Parteikampagne (gegen den Panzerkreuzerbau) als politischer Fehler bewertet. Die Vorgehensweise, gegen ein Mitglied des EKKI eine Beschlussfassung ohne eine vorherige Abstimmung mit dem Präsidium organisiert zu haben, wurde scharf gerügt. Die Kommission schätzte ein, dass die »Schmutzkampagne« gegen Thälmann sich vom Grunde her gegen die Beschlüsse des 6. Weltkongresses richtete und das Ziel verfolgte, den Fall Wittorf zu benutzen, um eine Änderung der Parteiführung herbeizuführen. Daher wurde dem ZK der KPD

vorgeschlagen, eine Korrektur in der Zusammensetzung des Politbüros und des Sekretariats vorzunehmen und die Chefredaktion der »Roten Fahne« zu verändern. In der Partei, hieß es im Kommissionsbeschluss weiter, seien alle fraktionellen Gruppen zu liquidieren, dafür trage das Politbüro die Verantwortung. Abschließend wird intern der Parteiführung der Rat gegeben, ihre Gepflogenheit, dass einzelnen Mitgliedern des Politbüros Parteibezirke fest zugewiesen werden, umgehend aufzugeben.<sup>230</sup> Diesem Rat kam die KPD-Führung nicht nach.

Wilhelm Pieck erklärte sich noch am selben Tag gegen den Entwurf,<sup>231</sup> der am 6. Oktober zunächst auf der 3. Sitzung der Deutschen Kommission diskutiert wurde. Nachdem Pieck seine Erklärung verlesen hatte, wurde die Resolution von Remmele, Merker und Molotow unterstützt.<sup>232</sup> Ewert und Eberlein lehnten sie in jeweils persönlichen Erklärungen ab.<sup>233</sup> Als das EKKI-Präsidium zusammentrat, lag ein Telegramm an Otto Kuusinen vom 5. Oktober vor, in dem mitgeteilt wurde, dass 25 Mitglieder des ZK der KPD eine Erklärung unterschrieben hätten, mit der sie die ZK-Beschlüsse vom 26. September als Fehler ansähen und ihre Zustimmung zurückzögen.<sup>234</sup> Die Sitzung des Präsidiums leitete Kolarov. Als erster sprach Kuusinen (Finnland). Nach einer scharfen Verurteilung der Unterlassung einer Information des EKKI durch die KPD-Führung wies auch er darauf hin, dass eine solche Handlungsweise nur durch »Ausnutzung der Fraktionsgegensätze in der deutschen Parteileitung« möglich gewesen sei. Er unterstützte den Entwurf der Kommission und schlug vor, ihn zur Gesundung der Lage in der KPD anzunehmen.<sup>235</sup> Eberlein verwies auf seine bereits abgegebene Erklärung, Ewert räumte Meinungsverschiedenheiten in der Parteiführung ein, wies aber den Vorwurf einer Fraktionsarbeit entschieden zurück.<sup>236</sup> Heckert hielt Ewert und Eberlein vor, das EKKI vorsätzlich nicht informiert zu haben und erklärte sich in Übereinstimmung mit Dengel, Remmele, Merker, Ulbricht und Thälmann mit der Resolution einverstanden.<sup>237</sup>

Nach »einstimmiger Annahme« der Resolution durch das EKKI-Präsidium und seiner Veröffentlichung<sup>238</sup> fanden in den folgenden Wochen in allen KPD-Bezirken Sitzungen der Bezirksleitungen und Parteiarbeiterkonferenzen statt. Auf ihnen wurde die Resolution zur Diskussion und zur Abstimmung gestellt. Im Verlauf dieser Kampagne zeigte es sich, dass sich inzwischen eine Gruppe »rechter Kommunisten« formierte, als deren Repräsentanten bis zur Rückkehr von Heinrich Brandler aus der UdSSR Ende Oktober 1928 zunächst Erich Hausen und Heinrich Galm auftraten.<sup>239</sup>

Das parteiinterne Abstimmungsergebnis ergab Mitte Oktober, dass sich die Bezirksleitungen Niederschlesien, Thüringen, Westsachsen und Halle-Merseburg gegen den EKKI-Beschluss aussprachen, in Berlin, Pommern, Hamburg und Württemberg gab es Minderheitsvoten dagegen.<sup>240</sup> Jedoch stimmte eine dominierende Majorität in der Partei der EKKI-Resolution zu und erteilte dem Zentralkomitee damit den Auftrag, die vom EKKI genannten Aufgaben durchzuführen.

Als Thälmann nach Deutschlands zurück kam, streikten in Norddeutschland, in Kiel, Flensburg und anderen Hafenstädten die Werftarbeiter für Lohnerhöhungen und eine 48-Stunden-Woche. Der Streik wurde von der KPD unterstützt. Am 17. Oktober schlossen sich dem Kampf auch die Hamburger Hafenarbeiter an. Die Streiks wurden von eigenen Streikleitungen geführt, da die Hamburger Ortsverwaltung des ADGB sie zum »Wilden Streik« erklärte und eine Streikunterstützung ablehnte und einen Streikbruch organisierte.<sup>241</sup> Thälmann kam aus Moskau direkt zu den Streikenden, um mit ihnen über ihre Kampferfahrungen sowie mit der Streikleitung zu diskutieren. Er trat auch dafür ein, die Unorganisierten für die Gewerkschaften zu gewinnen, auch wenn das die rechtssozialdemokratischen Verbandsleitungen verhindern wollten.<sup>242</sup>

Noch während des Hamburger Streiks fuhr Thälmann nach Berlin und übernahm wieder die Parteiführung. Am 11. Oktober leitete er die Politbüro-Sitzung, die sich mit dem Stand des

Volksbegehrens gegen den Bau des Panzerkreuzers A, dem Werftarbeiterstreik, den Lohnkämpfen in Waldenburg/Niederschlesien und im Ruhrgebiet beschäftigte, sowie die nächste ZK-Tagung vorbereiten sollte.<sup>243</sup> Doch zur Vorbereitung dieser ZK-Tagung, in deren Mittelpunkt die Beschlüsse des EKKI und die Ergebnisse der innerparteilichen Diskussion stehen sollten, tagte das Politbüro nochmals eine Woche später, am 19. Oktober.<sup>244</sup> Das ZK beriet im Anschluss an die Politbüro-Sitzung und am folgenden Tag, dem 20. Oktober.<sup>245</sup> Thälmann leitete die Tagung, sprach in der Diskussion zu den EKKI-Beschlüssen sowie am zweiten Tag in der Debatte nach dem Referat von Heckert über die Gewerkschaftsstrategie der Partei in den Wirtschaftskämpfen.

In seinem ersten Diskussionsbeitrag legte Thälmann nochmals dar, in welcher schwierigen Situation sich die Partei befand, als er von Wittorfs Unterschlagungen erfuhr, und warum er daran dachte, die Angelegenheit ohne einen öffentlichen Skandal zu liquidieren. Er hielt Eberlein vor, ihn im September nur darüber informiert zu haben, dass Wittorf ausgeschlossen werden muss und kritisierte sein politisches Verhalten in dieser Affäre, die faktisch zu einer Unterstützung der »Rechten« in der Partei und zu den falschen ZK-Beschlüssen geführt hätte.<sup>246</sup> Dem ZK schlug Thälmann dann eine Reihe von Kaderveränderungen vor, die im Politbüro gegen den Widerstand Ewerts beschlossen worden waren, die das ZK billigte. In das neue Politbüro wurden Thälmann, Remmele, Heckert, Dahlem und Flieg gewählt. Ulbricht und Remmele sollten die KPD beim EKKI in Moskau vertreten.<sup>247</sup> Nach der Rede von Fritz Heckert wertete Thälmann die Erfahrungen mit den Gewerkschaftsleitungen im Werftarbeiterstreik aus. Es käme darauf an, betonte er, die Kampfbereitschaft der Arbeiter gegen den Widerstand der Gewerkschaftsführer durchzusetzen um die Gewerkschaftsorganisationen zum Kampf zu veranlassen. Daher sei es notwendig, dass die Kommunisten ihren Einfluss in den Gewerkschaften ausbauen. Zur innergewerkschaftlichen Arbeit der Kommunisten kam ein neues Problem für die KPD hinzu, die nicht



organisierten Arbeiter. Das waren zwei Drittel der Arbeiterschaft. Sie in den Kampf zu führen und sie im Streik für die Gewerkschaften zu gewinnen, war die Orientierung Thälmanns.<sup>248</sup>

Gleich nach der ZK-Tagung fuhr Thälmann wieder nach Hamburg. Dort waren am 17. Oktober die Hafentarbeiter zur Unterstützung der Werftarbeiter in den Streik getreten. Der Streik wurde von einem Aktionsausschuss geleitet, der auf Stempelstellen und Branchenversammlungen gewählt worden war. Von den 18000 Hafentarbeitern hatten drei- bis fünftausend den Kampf aufgenommen.<sup>249</sup> Am 23. Oktober fand bei Sagebiel eine KPD-Versammlung zum 5. Jahrestag des Hamburger Aufstandes statt, zu der Thälmann eingeladen war. Der Saal war überfüllt, als der KPD-Vorsitzende mit erhobener Faust durch ein Spalier Roter Frontkämpfer schritt. Er berichtete über die Streikkämpfe in allen Teilen Europas und in Deutschland. Angesichts der Haltung rechter sozialdemokratischer Funktionäre in Hamburg gegen den Streik appellierte Thälmann an die Arbeiter, mit den streikenden sozialdemokratischen Arbeitern und Gewerkschaftern fest zusammenzustehen und sie nicht mit den rechten SPD- und ADGB-Funktionären gleichzusetzen. Außerdem käme es darauf an für die Aufnahme der Unorganisierten in die Gewerkschaft zu kämpfen.<sup>250</sup> Obwohl sich in den folgenden Tagen 12000 Hafentarbeiter am Kampf beteiligten, musste der Streik nach dem Einsatz polizeilich geschützter Streikbrecher und infolge der Zusammenarbeit des Hafenbetriebes mit den Hafentarbeitern nach zehn Tagen abgebrochen werden. In der Folge wurde die Branchenleitung der Schauerleute und eine ganze Anzahl Kommunisten aus der Gewerkschaft ausgeschlossen und 110 Hafentarbeitern die Arbeitskarte für den Hafen entzogen.<sup>251</sup> Der Werftarbeiterstreik konnte erst Ende Dezember mit einem staatlichen Schiedsspruch abgewürgt werden.

Während des norddeutschen Werftarbeiterstreiks traten am 1. November über 200000 Metallarbeiter des Ruhrgebietes um höhere Löhne in den Kampf und wurden von den Unternehmern ausgesperrt. An diesem Tag war das Politbüro der KPD

zusammengetreten, um die nächste ZK-Tagung und eine zweite Parteikonferenz vorzubereiten. Der Kampf an der Ruhr bestimmte weitgehend die Debatten des Politbüros<sup>252</sup> und der folgenden Tagung des Zentralkomitees der KPD. Im ZK referierte Heckert über die Ruhraussperrung und Thälmann informierte über die Beschlüsse des 6. Weltkongresses. Das Koreferat zu diesem Tagesordnungspunkt hielt Ewert. Walter Ulbricht sprach zur innerparteilichen Lage.<sup>253</sup> Ziel der Tagung war es, eine Plattform für die Parteikonferenz zu beschließen, von der aus die Beschlüsse des 6. Weltkongresses zur politischen Handlungsorientierung der KPD umgesetzt werden sollten. Das ZK bestätigte die Veränderungen in der Parteiführung: Eberlein schied aus dem Politbüro aus, Franz Dahlem, Paul Merker und Leo Flieg wurden Kandidaten. Weiter wurde das Sekretariat umgebildet.

Mit der zweiten Parteikonferenz wurde angestrebt, die innerparteilichen Meinungsverschiedenheiten und auch die »Wittorf-Affäre« zu beenden und die Politik der KPD auf die sich verändernden Bedingungen des Klassenkampfes einzustellen. Es ging vor allem darum, dass die KPD die zunehmenden Wirtschaftskämpfe nach der Bildung der Großen Koalition politisch und organisatorisch führen musste, zumal die Reformisten versuchten, jede Massenaktion abzuwürgen. Zu dieser Entscheidung gehörte auch die Orientierung des Weltkongresses, das Schwergewicht der Einheitsfrontpolitik nach unten, in die Betriebe und Gewerkschaften zu verlegen. Mit den Vorständen der Organisationen der Regierungssozialisten sollten keine Verhandlungen mehr geführt werden.

Auf der II. Parteikonferenz Anfang November 1928 berichtete Thälmann ausführlich über die Beschlüsse des 6. Weltkongresses und betonte, dass der ökonomische Kampf gegen die Unternehmer und die sie unterstützenden Reformisten gleichzeitig ein Kampf gegen die Politik des deutschen Imperialismus sei, der sich an den internationalen Kriegsvorbereitungen gegen die Sowjetunion beteilige. »Einen aktiven Kampf gegen die Kriegspolitik

des Imperialismus können wir nur führen, wenn wir jeden Tageskampf der Arbeiterschaft ... mit der Frage des Imperialismus verbinden.«<sup>254</sup> Winternitz berichtete noch über das Programm der Kommunistischen Internationale<sup>255</sup> und Heckert sprach zur Gewerkschaftsarbeit und zu den Wirtschaftskämpfen.<sup>256</sup> Mit 202 Stimmen wurden die Beschlüsse des 6. Weltkongresses bestätigt. Es war ein überzeugender Erfolg für Thälmanns Auftreten auf dem Weltkongress, aber auch für seine Haltung in der Wittorf-Affäre. Für die »Rechten« in der Partei stimmten vier Delegierte.<sup>257</sup>

Nach der Parteikonferenz fuhr Thälmann in das Ruhrgebiet, wo die Metallarbeiter im Kampf gegen ihre Aussperrung standen, und sprach am 8. November im Saalbau in Essen zu den ausgesperrten Metallern, unter denen sich viele unorganisierte Arbeiter befanden.<sup>258</sup> Der Antrag der KPD vom 3. November im Reichstag, den Ausgesperrten und deren Familien eine wöchentliche Unterstützung zu zahlen, war vom sozialpolitischen Ausschuss des Parlaments mit den Stimmen der SPD abgelehnt worden.

Während sich das Politbüro um die Unterstützung der kämpfenden Arbeiter bemühte, Solidaritätsaktionen initiierte und über die Internationale Arbeiterhilfe organisierte, war die Gruppe um Ewert, Galm und Hausen und ihre Mitstreiter in der Partei damit beschäftigt, ihre Niederlage in der Wittorf-Affäre dadurch auszugleichen, dass sie nach der Rückkehr Brandlers und Thalheimers Ende Oktober aus der Sowjetunion nunmehr dazu übergingen, sich innerhalb der KPD eine eigene Organisationsstruktur und Publizität zu schaffen.<sup>259</sup> Am 13. November fasste daher das Sekretariat des ZK gegen ihre zunehmende Fraktionsarbeit einen Beschluss, mit dem einige von ihnen ihrer Funktionen enthoben wurden. Das Politbüro bestätigte diese Maßnahme.<sup>260</sup> In Breslau organisierten die »Rechten« die Herausgabe eines eigenen Publikationsorgans »Gegen den Strom« und Brandler versuchte in einzelnen Bezirksverbänden der Partei, seinen alten Einfluss zurückzugewinnen. Er soll dabei sogar

das Gerücht verbreitet haben, dass Stalin ihm seine Unterstützung »im Falle eines Sieges über Thälmann« zugesichert habe.<sup>261</sup>

Die Position der Gruppe von Brandler und Thalheimer, die Partei gegen Thälmann von innen heraus zu erobern, macht sehr überzeugend August Thalheimer in seinem Brief an Clara Zetkin vom 23. November 1928 deutlich, worin er dem EKKI-Präsidium und der KPD-Führung pauschal »Unfähigkeit, Perfidie, Borniertheit und Verblendung« vorwarf, um damit die Politik der Kommunistischen Internationale zu charakterisieren.<sup>262</sup> Die heute in der bürgerlichen Historiographie und Publizistik gängigen Thesen, Stalin und Thälmann seien in die »ultralinke Phase« von Maslow-Fischer zurückgefallen, wurden bereits von ihnen in ihrer »Argumentation« vorgetragen, um ihre eigene Fraktionstätigkeit zu rechtfertigen.

Clara Zetkin folgte den Erwartungen von Brandler und Thalheimer nicht, in ihr Lager überzuwechseln, auch wenn sie selbst gegenüber der Anwendung der Beschlüsse des 6. Weltkongresses herbe Kritik anzumelden hatte. Im Gegensatz zu ihnen war sie – ebenso wie Arthur Ewert, Hugo Eberlein oder Gerhart Eisler – nicht bereit, die KPD und damit die Kommunistische Internationale wegen der bestehenden taktischen Meinungsverschiedenheiten zu verlassen. Dennoch wurden die Kommunisten um Ewert und Eisler scharf von Thälmann attackiert und als »Versöhnler« stigmatisiert. Die Kritik an ihnen war teilweise politisch unangemessen. Dabei wurden im Streit auch Meinungen verworfen, die sachlich begründet waren.

Eine der Ursachen dafür war der organisierte Fraktionskampf der Brandler-Unterstützer. Er erschwerte jede sachliche Diskussion in der KPD zur taktischen Anwendung der Beschlüsse des 6. Weltkongresses der Komintern in der realen Klassenkampfsituation Deutschlands. In dem Umfang, wie sich Brandler und seine Mitstreiter auf Bucharins Unterstützung bezogen, erleichterten sie es Stalin, seine analog mit Bucharin geführte Auseinandersetzung als »Kampf gegen die Rechten« über das EKKI zu verallgemeinern.<sup>263</sup> Hinzu kam, dass sich Brandler und

seine Mitstreiter in einer speziellen Arroganz als »wahre Kommunisten« präsentierten, die als »alte Garde« des Spartakusbundes gehandelt hätten. Sie ignorierten, dass der Spartakusbund aus mehr revolutionären Kämpfern als nur aus ihnen bestand. Aber sie schufen damit eine Legende, die bis heute sorgsam gepflegt wird.<sup>264</sup>

Zunächst aber stand 1928 der »Ruhrkampf« im Brennpunkt der politischen Praxis der KPD. Es war ihr erster Versuch, Massendemonstrationen gegen den Widerstand der Gewerkschaften zu führen. Diese neue Taktik der KPD wurde unterschiedlich beurteilt. Während die Mitstreiter Brandlers nur Häme über die Fehler im Kampf der kämpfenden Arbeiter verbreiteten,<sup>265</sup> versuchten Ewert und seine Freunde mit ihrer Kritik, taktische Fehler zu korrigieren. Doch in der »Atmosphäre des Fraktionskampfes« wurde diese gewichtige Differenz vom Politbüro der KPD zu wenig – wenn überhaupt – zur Kenntnis genommen, aber auch manche subjektive Haltung der »Ewert-Eisler-Gruppe«, erschwerte dies. Der »Ruhrkampf« und seine Erfahrungen standen am 28. November 1928 im Mittelpunkt einer Beratung des Politsekretariats des EKKI, das ihn – nach einem Bericht von Ulbricht – kontrovers diskutierte. Doch auch hier wurden die kritischen Einwendungen von Ernst Meyer<sup>266</sup> und Humbert-Droz gegen diese Taktik mehrheitlich zurückgewiesen.<sup>267</sup>

Nachdem Hausen und Galm Anfang Dezember vom EKKI ausgeschlossen worden waren,<sup>268</sup> beriet das Politbüro am 12. Dezember 1928 unter der Leitung Thälmanns zu den »Fraktionstreibereien« von Brandler-Thalheimer und ihren Mitstreitern.<sup>269</sup> Das Politbüro wie auch die Tagung des Zentralkomitees vom 13. bis 14. Dezember blieben zunächst bemüht, eine Abspaltung der Partei zu verhindern und forderten nochmals von allen Mitgliedern der Partei die Einstellung von Fraktionsarbeit und die Anerkennung der Mehrheitsbeschlüsse. Es war Thälmanns Bestreben, wie 1925, auch in dieser Situation so wenig wie möglich Parteimitglieder zu verlieren. Doch der innerparteiliche Prozess war zu weit fortgeschritten. So fand auch Ulbrichts Mahnung, die Diskussionen in der KPdSU mit denen

in der KPD nicht zu verquicken, weil ihnen unterschiedliche konkreten Situationen zugrunde liegen,<sup>270</sup> auf keiner Seite Beachtung.

Thälmann leitete die Tagung des Zentralkomitees, auf der Paul Merker zu den Lehren aus dem Ruhrkampf referierte und Hermann Remmele zur innerparteilichen Lage.<sup>271</sup> Das ZK billigte in einem Beschluss grundsätzlich die angewandte Taktik der KPD zur Wahl einheitlicher Kampfleitungen und zur Einbeziehung der Unorganisierten als aktive Gegenwehr gegen die Offensive der Unternehmer.<sup>272</sup> In der Debatte über die innerparteiliche Lage trat Thälmann für eine verlängerte Redezeit Arthur Ewerts ein. (Wir müssen ihm »... Gelegenheit geben, seiner Meinung Ausdruck zu geben«.)<sup>273</sup> Weder das den ZK-Mitgliedern vorliegende »Fraktionsmaterial der Rechten zum Ruhrkampf«<sup>274</sup>, noch die Diskussionsreden von Ernst Meyer<sup>275</sup> und Ewert konnten den vorgeschlagenen Beschlussentwurf ändern, der in seiner Grundtendenz lautete: Wer sich nicht in die Organisationsdisziplin einfügt, wird ausgeschlossen, wer jedoch keine Fraktionsarbeit betreibt, bleibt auch dann in der KPD, wenn es mit ihm Meinungsverschiedenheiten gibt. Der Beschluss wurde vom ZK angenommen.

Wenige Tage später trat das EKKI-Präsidium zusammen, um nochmals die »deutsche Frage« zu behandeln. Auf der Sitzung wurde die KPD durch Walter Ulbricht und Clara Zetkin vertreten.<sup>276</sup> Clara Zetkin beantragte, die Frage auf einer Erweiterten Sitzung des EKKI zu behandeln, was jedoch abgelehnt wurde. Dann wurde aufgrund eines Berichtes der vom Politsekretariat eingesetzten Kommission über einen Offenen Brief an die KPD beraten. In der Diskussion kritisierte der Vertreter der Jugendinternationale Chitarow die Sekretäre Serra (Angelo Tasca) und Humbert-Droz wegen ihrer Unterstützung der deutschen »Versöhner« und warf ihnen vor, eine eigene Plattform zu vertreten.<sup>277</sup> Er wurde von Molotow unterstützt, der die Kritik der »Rechten« an der KPD, »... die sich im Feuer der sich entwickelnden Klassenkämpfe stählt«, entschieden zurückwies.<sup>278</sup> Nach Kolarov, Kuusinen und Purman, die seine Ansicht unterstützen, beantragte Clara Zetkin

die volle Diskussionsfreiheit für alle Meinungen bis zum Parteitag.<sup>279</sup> In diesem Moment griff Stalin in die Diskussion ein, unterstützte die Taktik der KPD im »Ruhrkampf« trotz verschiedener Fehler, die ihr unterlaufen seien, wie er sagte, und warf Serra und Humbert-Droz in scharfer Weise vor, die Beschlüsse des 6. Weltkongresses verlassen zu haben.<sup>280</sup> Béla Kun widersprach dem Antrag Clara Zetkins und argumentierte, dass er nach der Beschlussfassung gegen eine erneute Debatte der Taktik der Komintern sei.<sup>281</sup> Ein »Offener Brief« wird gegen die Stimmen von Humbert-Droz, Serra und Zetkin angenommen. In ihm wird der Ausschluss von Hausen und Galm bestätigt, Brandler, Thalheimer und andere Rechte wurden aufgefordert ihre Fraktionsarbeit umgehend einzustellen und sich den Mehrheitsbeschlüssen unterzuordnen.<sup>282</sup>

Doch Brandler und Thalheimer beharrten darauf, dass sie »die Partei« seien, wie es Hans Tittel ausdrückte, »eine Richtung in der Kommunistischen Bewegung, die in und außerhalb der Partei um die Umgestaltung der KPD kämpft«.<sup>283</sup> Das war eine sehr optimistische Einschätzung ihres Einflusses in der Basis der KPD. Deshalb waren sie nicht bereit, der Aufforderung nachzukommen und sich den Mehrheitsbeschlüssen des ZK einzuordnen. Ihr Konzept jedoch, auf diesen angenommenen Einfluss vertrauend über eine eigene Organisation ihr Ziel zu erreichen um die EKKI-Beschlüsse und Thälmanns Politik politisch zu »korrigieren«, erwies sich als völlige Fehleinschätzung. Das Politbüro, das am 21. Dezember dem »Offenen Brief« des EKKI zustimmte<sup>284</sup>, beschloss daraufhin am 29. Dezember, sie aus der KPD auszuschließen. Unter den Ausgeschlossenen waren Albert Bassümer, Paul Frölich, Max Köhler, Hans Tittel und Jacob Walcher.<sup>285</sup> Die Parteiausschlüsse wurden vom folgenden ZK-Plenum im Januar 1929 bestätigt.<sup>286</sup>

Am nächsten Tag, es war der 10. Jahrestag der KPD, gründeten die Ausgeschlossenen gemeinsam mit Brandler und Thalheimer auf einer Reichskonferenz in Berlin mit 74 Teilnehmern aus 16 Parteibezirken eine eigene Partei, die Kommunistische Partei Deutschlands (Opposition) kurz KPD(O). Lediglich 3000 bis 4000 Par-

teimitglieder der KPD folgten ihnen.<sup>287</sup> Die scharfen Opponenten gegen Thälmanns Politik vermochten auch in der Folgezeit mit der KPD(O) in wesentlichen Fragen keine den realen Bedingungen des Klassenkampfes entsprechende Politik auszuarbeiten und erreichten bis 1933 keinen bemerkenswerten Mitgliederzuwachs und schon gar nicht einen Masseneinfluss auf die Arbeiterschaft.<sup>288</sup> Die KPD(O) blieb eine marginale Splitterpartei der deutschen Arbeiterbewegung. Gegen den Vorwurf, sie hätten die Spaltung der Arbeiterbewegung nur vertieft, haben sie sich stets gewehrt. Einige ihrer Mitglieder fanden den Weg zur KPD zurück: Wesentlich aber bleibt, dass die meisten von ihnen nach 1933 aktiv im Widerstand gegen den deutschen Faschismus standen und wie ihre kommunistischen und sozialdemokratischen Genossen dem faschistischen Terror ausgesetzt waren.

Am 10. Jahrestag der Gründung der KPD sprach Ernst Thälmann in Berlin im Zirkus Busch.<sup>289</sup> Für ihn war eine historische Bilanz auch aus aktuellem Anlass gegeben. Wie in seinem Artikel »10 Jahre KPD« würdigte er die Revolution von 1918, in deren revolutionärem Feuer die KPD entstand. Er führte die Niederlage der Revolution auf den Zwiespalt zwischen den »objektiv ausgereiften revolutionären Verhältnissen« und der »subjektiven Schwäche des deutschen Proletariats« zurück. Diesen Widerspruch charakterisierte er als die »Tragödie der deutschen Revolution«. Durch die zu späte Gründung der KPD fehlte den revolutionären Massen 1918 eine zielklare »bolschewistische Partei«. Für Thälmann gehörte es deshalb zu den notwendigen historischen Lehren der KPD, die von der Bruderpartei unter Führung Lenins gewonnenen Erfahrungen »im praktischen Kampf zu verwerten« und die Partei fest mit den Massen zu verbinden. Er betonte, dass sie nur dann ihre Aufgabe als organisierende Führerin der revolutionären Bewegung erfüllen kann, wenn sie als Partei der Arbeiterklasse eine innere Reife, Klarheit und Geschlossenheit erreiche. Erst diese wird sie befähigen, ihre historische Aufgabe zu erfüllen.<sup>290</sup>



»Die Berliner Arbeiter haben sich gegen die Mordbestien der Polizeigewalt zur Wehr gesetzt und ihr Recht auf die Straße verteidigt.«

#### ■ ZÖRGIEBELS BLUTMAI

Die Kommunistische Partei Deutschlands bereitete sich nach den Auseinandersetzungen mit der Brandler-Thalheimer Fraktion auf ihren 12. Parteitag vor. Er sollte im April 1929 stattfinden, doch es gab erhebliche Termenschwierigkeiten mit dem EKKI, das anregte, den KPD Parteitag erst nach seinem X. Plenum durchzuführen und das war ebenfalls für April angedacht. So korrigierte das ZK-Plenum der KPD im Januar 1929 den Parteitagstermin auf Mitte Mai in Dresden.<sup>291</sup>

Ende des Jahres 1928 und Anfang 1929 stieg die Unzufriedenheit innerhalb der Großbourgeoisie mit der Regierung der Großen Koalition, von der aus auch im neuen Etat (für den Rudolf Hilferding als sozialdemokratischer Finanzminister zuständig war) keine entscheidenden Impulse ausgingen, um die vom Kabinett Marx verfehlte Erfüllung der Forderungen des Reichsverbandes der Deutschen Industrie vom November 1927 nachzuholen.<sup>292</sup> Zudem verschärfte sich die wirtschaftspolitische Lage Ende 1928 und zu Beginn des neuen Jahres durch ein deutliches Abflauen der Konjunktur und den Anstieg der Arbeitslosigkeit.<sup>293</sup> Aus dieser Unzufriedenheit mit dem Hermann-Müller-Kabinett bahnten sich innerhalb der führenden Repräsentanten des deutschen Monopolkapitals erneut Meinungsverschiedenheiten über die zukünftige Funktion der SPD an. Am 4. Januar 1929 forderte die Deutsche Allgemeine Zeitung, das Sprachrohr der Schwerindustriellen, unverblümt ein neues Kabinett und dazu die Auflösung des Reichstages. Diese Forderung machte die Diskussionen deutlich, die hinter den Kulissen der Öffentlichkeit geführt wurden. Graf Westarp von der Deutsch-Nationalen Volkspartei suchte gemeinsam mit Hindenburg Anfang

- 160** BArch, SgY 30/ 0224, Manuskript von Wilhelm Florin ; vgl.: ebd.,  
RY1: I 2/ 1/ 62, Bl. 170-171
- 161** Ebd., RY1: I / 2/ 5/ 2, Bl. 778
- 162** Ebd., Bl. 664
- 163** Ebd., I 3/ 16/ 17, Bl. 487-492; vgl. I 2/ 1/ 62, Bl. 3-27
- 164** Ebd., I 3/ 16/ 17, Bl. 492, S. 495
- 165** Protokoll 6. Weltkongress, Bd. IV, S. 622
- 166** BArch, RY1: I 2/ 3/ 8b, Bl. 428 (der Namenscode entspricht der Fassung  
von 1928, der bis zum 12. Parteitag der KPD 1929 galt)
- 167** BArch, RY1: I 2/ 3/ 8b, ab Bl. 457
- 168** Ebd., I 2 1/ 62, Bl. 3-27
- 169** Hermann Weber/ Andreas Herbst, Deutsche Kommunisten, Berlin 2004,  
S. 169; vgl. Rezension Eberhard Czichon in: Marxistische Blätter, Essen,  
(2004)5, S. 169; 2. Aufl. Berlin 2008, S. 206 korrigiert; Rezension: ders.,  
in junge Welt, Berlin, 23. 2. 2009, S. 15
- 170** BArch, RY1: I 2/ 3/ 8b, Bl. 152-153
- 171** Ebd., Bl. 439-445
- 172** Ebd., Bl. 439
- 173** Ebd., Bl. 443

- 174 Ebd., Bl. 442
- 175 Zu den vermuteten Unterschlagungen von 500 000 US\$ durch Arthur König mit Duldung von Ruth Fischer vgl. H. Weber/ A. Herbst, *Kommunisten 2004*, S. 389f.; 2. Aufl. 2008, S. 471 (Die Angaben sind verzerrt); vgl.: BArch, RY5: I 6/ 10/ 57, Bl. 183-184
- 176 BArch, RY1: I 2/ 3/ 8b, Bl. 444
- 177 Ebd., Bl. 446-450
- 178 Ebd., Bl. 452
- 179 Ebd., begründet wurde der Wortentzug mit dem Argument, dass er Fragen aufwerfen werde, »... die nicht auf der Tagesordnung stehen.«
- 180 Ebd., NY 4003/ 6, Bl. 1-44
- 181 Ebd., RY1: I 2/ 3/ 8b, Bl. 457
- 182 Ebd., Bl. 467
- 183 Ebd., 469-470
- 184 Ebd., Bl. 472
- 185 Ebd., Bl. 475-476
- 186 Ebd., Bl. 480-482
- 187 Ebd., Bl. 483
- 188 Ebd., Bl. 485-486
- 189 Ebd., Bl. 478-479
- 190 Ebd., Bl. 487-489
- 191 Ebd., Bl. 492-493, Bl. 497a und Bl. 503
- 192 Ebd., Bl. 428, vgl. Ebd., I 2/ 1/ 62, Bl. 29
- 193 Hermann Weber/ Bernhard H. Bayerlein, *Der Thälmann-Skandal, Geheime Korrespondenz mit Stalin*. Berlin 2003; hier werden Dokumente aus einer konsistenten politischen Struktur herausgelöst und so montiert, dass sie für eine neue Legende verfügbar sind. Unterstützt werden sie mit einer analogen Methodik von den ehemaligen DDR-Historikern Klaus Kinner, Elke Reuter, Wladislaw Hedeler, und auch von Horst Helas. Vgl. Heinz Karl, *Geschichte der KPD im Spiegel der gegenwärtigen Geschichtsschreibung*, in: *Geschichtskorrespondenz. Marxistischer Arbeitskreis zur Geschichte der Deutschen Arbeiterbewegung bei der Partei DIE LINKE*, 14(2008)4, S. 7-9
- 194 BArch, RY1: I 2/ 1/ 62, Bl. 1-483
- 195 Ebd., Bl. 3-27
- 196 Ebd., Bl. 37-45
- 197 Thälmann vermied es, auf seine Auseinandersetzung mit Ewert Ende Mai/Anfang Juni 1928 einzugehen, wodurch zwischen dem 24.5. und 23.6. 1928 (BArch, RY1: I 2/ 3/ 8a, Bl. 298 und Bl. 299) keine Sitzungen des Politbüros stattgefunden hatten
- 198 BArch, RY1: I 2/ 1/ 62, Bl. 59-64, sein Antrag auf Bl. 465
- 199 Ebd., Bl. 65-68
- 200 Ebd., Bl. 177. Zum Namenscode vgl. Anm. 48 im 3. Kapitel
- 201 Ebd., Bl. 134-137
- 202 Ebd., Bl. 155
- 203 Ebd., Bl. 164
- 204 RF, 27. 9. 1928
- 205 BArch, SgY 30, 1084, S. 9
- 206 Ebd., RY1: I 2/ 3/ 70, Bl. 95ff.

- 207 Ebd., I 2/ 1/ 62, Bl. 166-168
- 208 Ebd., Bl. 169
- 209 Ebd., Bl. 170-171
- 210 Ebd., Bl. 191
- 211 Ebd., I 2/ 3/ 17, Bl. 109
- 212 Ebd., I 2/ 1/ 62, Bl. 72-75
- 213 Ebd., Bl. 197
- 214 Ebd., Bl. 210, Text in RF, 28.9. 1928
- 215 BArch, RY1: I 2/ 3/ 8b, Bl. 512
- 216 Ebd., Bl. 513
- 217 Ebd., RY5: I 6/ 10/ 61, Bl. 3-5
- 218 Ebd., I 6/ 3/ 178, Bl. 15-20 (Schreiben Ulbricht und Heckert), ebd., RY1: I 2/ 3/ 8b, Bl. 516 (Schreiben von Schlaffer); zu Remmele vgl. E. Reuter/ K. Kinner u. a., Dok 081; zu Ulbricht/ Heckert vgl.: Weber/ Bayerlein, S. 135-163
- 219 Das geht aus einem Telegramm hervor, das Pjatznitzki an Stalin sandte, Weber/ Bayerlein, S. 134
- 220 BArch, RY5: I 6/ 3/ 19, Bl. 138
- 221 Ebd., RY1: I 2/ 3/ 8b, Bl. 514
- 222 Weber/ Bayerlein, S. 154-155
- 223 BArch, RY5: I 6/ 10/ 60, 1. Sitzung am 2. 10. 1928 Bl. 1-109; 2. Sitzung am 4. 10. 1928 Bl. 110-215; die erste Rede Thälmanns, Bl. 48-73, seine zweite Rede Bl. 164-179; nur diese von E. Reuter/ K. Kinner u. a., vorgelegt als Dok 084; Rede Molotows Bl. 146-155
- 224 Telegramm Stalins an Molotow vom 1. 10. 1928, vgl. Weber/Bayerlein, S. 153-154
- 225 BArch, RY5: I 6/ 10/ 60, Bl. 146
- 226 Ebd., Bl. 209
- 227 Ebd., RY 1 / 23; Bei den Akteneinheiten des Bestandes R 1 handelt es sich um den Bestand R 45 IV aus dem BArch, Koblenz. Zur Zeit der Benutzung im BArch, Berlin waren sie unpaginiert
- 228 Ebd., RY1: I 2/ 3/ 70, Bl. 61
- 229 Ebd., Bl. 60
- 230 Ebd., RY 1 / 4 (Resolutionsentwurf)
- 231 Ebd., RY 5: I 6/ 10/ 60, Bl. 247
- 232 Ebd., I 6/ 10/ 60, Bl. 216-253
- 233 Die Erklärungen liegen in den Akten mehrfach abgelegt vor. Die Erklärung Ewert in I 6/ 10/ 60, Bl. 252-253, die Erklärung Eberlein ebd., Bl. 249;
- 234 BArch, RY5: I 6/ 10/ 60, Bl. 213, RF, 6. 10. 1928
- 235 BArch, RY5: I 6/ 10/ 60, Bl. 148-164
- 236 Ebd., 293-296
- 237 Ebd., 297-300
- 238 Ebd., Bl. 303; RF, 9. 10. 1928
- 239 Heinrich Galm (Offenbach) war wie Erich Hausen (Breslau) Kandidat des ZK
- 240 BArch, RY1: I 2/ 3/ 70, Bl. 34-41 (aus den Unterlagen Dahlems)
- 241 Reinhard Müller, Wir sind die Kraft , Katalogbuch zur Ausstellung des Museums für Hamburgische Geschichte, Hamburg 1988, S.257-259
- 242 Hein Fink in: Deutschlands unsterblicher Sohn. Erinnerungen an Ernst Thälmann. Berlin 1961, S.228-231

- 243 BArch, RY1: I 2/ 3/ 8b, Bl. 540-547
- 244 Ebd., Bl. 548-552
- 245 Ebd., I 2/ 1/ 64, Bl. 1-435
- 246 Ebd., Bl. 75-84 und Bl. 117-119
- 247 Ebd., Bl. 159-160 und Bl. 425-435 (Beschlussprotokoll)
- 248 BArch, RY1: I 2/ 1/ 64, Bl. 307-313
- 249 GET-Arch. Slg KPD-Bezirksleitung Wasserkante, Bericht der Bezirksleitung Wasserkante der KPD über die Tätigkeit der Organisation vom 1. 12. 1927 bis 31. 4. 1929, S. 52-53
- 250 HVZ, 24. 10. 1928; vgl.: H. Fink, Unsterblicher Sohn, S. 230
- 251 R. Müller, S. 259
- 252 BArch, RY1: I 2/ 3/ 8b, Bl. 571-572
- 253 Ebd., I 2/ 1/ 65; Bl. 5-34 Referat Heckert, Bl. 55-90 Thälmann, Bl. 92-114 Ewert, Bl. 116-141 Ulbricht
- 254 Ebd., I 1/ 2/ 6, Bl. 1-84, in E. Thälmann. ARS Bd. 1, S. 194-200 (Auszüge) RF, 4. 11. 1928, E. Thälmann, Proletarischer Internationalismus. Leipzig 1977, S. 89-95
- 255 BArch, RY1: I 1/ 2/ 6: Bl. 85ff.: Rede zum TOP 2
- 256 Ebd., Bl. 111-141; vgl.: Fritz Heckert in: Die Internationale, Berlin 11(1928)23, S. 791-800
- 257 BArch, RY1: I 1/ 2/ 6; vgl. ebd., I 2/ 3/ 68, Bl. 75-81
- 258 RF, 9. und 10. 11. 1928
- 259 J. Becker, S. 282; vgl. BArch, RY1: I 2/ 3/ 66, Bl. 151-214; und: Theodor Bergmann, Gegen den Strom. Geschichte der KPD(Opposition), Hamburg 2001, S. 64ff.; Karl H. Tjaden, Struktur und Funktion der KPD-Opposition (KPO), Hannover 1983, S. 91ff.
- 260 BArch, RY1: I 2/ 3/ 8b, S. 584
- 261 J. Becker, S. 283, und. S. 461, vgl.: BArch, RY1: I: 2/ 3/ 67, Bl. 28-29 Brief Brandlers zu seiner Rückkehr
- 262 BArch, NY 4005/ 98, Bl. 5-10
- 263 BArch, RY5: I 6/ 3/ 164, Bl. 80: Schreiben Ulbrichts vom 1. 12. 1928
- 264 So bei E. Reuter/ K. Kinner u. a. im Textteil. Die alten KPD(O)-Positionen bilden heute den Grundkonsens der »antistalinistischen« Geschichtsbetrachtung der PDS/ Die Linke
- 265 Vgl.: E. Reuter/ K. Kinner u. a., Dok. 103
- 266 BArch, RY5: I 6/ 3/ 100 und 101, Bl. 30-62 Rede von Ernst Meyer
- 267 Ebd.; vgl.: Brief von W. Ulbricht an das ZK der KPD, vom 4. 12. 1928 in: BArch, RY5: I 6/ 3/ 164, Bl. 57-60
- 268 RY5: I 6/ 10/ 62-63: Protokolle der Verhandlungen der Deutschen Kommission, die vom 27. 11. bis 8. 12. 1928 tagte; I 6/ 10/ 63, Bl. 154, Galm sagte in diesen Verhandlungen betont bescheiden: »Wir sind doch keine Fraktion, wir sind die Partei«.
- 269 Ebd., RY1: I 2/ 3/ 8b, Bl. 606-612. Sie wurden als Mitglieder der KPdSU erst von ihr am 10. 1. 1929 ausgeschlossen
- 270 Ebd., RY5: I 6/ 3/ 164, Bl. 80-83, Brief vom 1. 12. 1928 an das ZK; auch Manuilski, als Leiter des WEB in Berlin, gab an Pjatnitski zu bedenken, dass die Beschlüsse gegen die Rechten nicht einfach zu kopieren sind, vgl.: Weber/ Bayerlein, S. 262 (Brief vom 14. 12. 1928)
- 271 BArch, RY1: I 2/ 1/ 66, Bl. 1-553, vgl. die Beobachtungen von Manuilski in seinem Brief an Pjatnitski vom 18. 12. 1928
- 272 Dokumente und Materialien Bd. VIII, S. 762-770, RF, 16. 12. 1928

- 273 BArch, RY1: I 2/ 1/ 66, Bl. 250
- 274 Ebd., Bl. 478-493; vgl. dazu: Schreiben der Gewerkschaftsabteilung des ZK an A. Losowski vom 17. 12. 1928, in ebd., I 6/ 3/ 165, Bl. 95-102
- 275 Ebd., RY1: I 2/ 1/ 66, Bl. 543-553
- 276 Ebd., RY5: I 6/ 10/ 20, Bl. 1-158; vgl.: Th. Bergmann, S. 51 f.
- 277 BArch, RY5: I 6/ 10/ 20, Bl. 49-72
- 278 Ebd., Bl. 85-87
- 279 Ebd., Bl. 120-125
- 280 Ebd., Bl. 126-141, Übersetzung stilistisch redigiert in J. Stalin, Werke Bd. 11 Berlin 1954, S. 262-277; die zweite Rede Stalins (Bl. 55-164)
- 281 BArch, RY5: I 6/ 10/ 20, Bl. 142-149
- 282 Inprekorr 142 vom 21. 12. 1928, S. 2829-2832; der beschlossene »Vertrauliche Brief« an das ZK in dieser Frage in: BArch, RY5: I 6/ 3/ 174, Bl. 1-5; die Quellenangabe bei E. Reuter/ K. Kinner u. a., Dok 113 ist mit unrichtiger Paginierung publiziert
- 283 BArch, R 1505 (alt St. 10) 138/4a, Bl. 401r-416r, Denkschrift des RMDI: Die Kommunistische Partei-Opposition, (Zitat: Bl. 414)
- 284 Ebd., RY1: I 2/ 3/ 8b, Bl. 674-679
- 285 Ebd., Bl. 709-710
- 286 Ebd., I 2/ 1/ 70, Bl. 1-2
- 287 Th. Bergmann, S. 62; K. H. Tjaden, S. 112, 114; die Schwerpunkte der KPD(O) Ortsgruppen lagen in Thüringen, Sachsen, Oldenburg und Württemberg
- 288 Th. Bergmann, S. 80ff., 101; vgl.: W. Wimmer u. a., Spalte 566
- 289 RF, 1. 1. 1929; im Zirkus Busch fand am 10. November 1918 die Versammlung der Berliner Arbeiter- und Soldatenräte statt (W. Pieck, Erinnerungen an den 9. November 1918, Berlin o.J. (1928), S. 15
- 290 E. Thälmann, Politik, S. 119-127